

DAS DOKUMENT

Für aktive Wachstumspolitik

Aus der Begrüßungsansprache von Walter Hesselbach, Vorsitzender des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft, auf dem Dortmunder Parteitag der SPD am 2. Juni 1966

Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sind aus der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen. Sie sind auch heute noch ihrem Wesen nach ein Teil der Arbeiterbewegung; andererseits sind sie aber auch selbständige Unternehmen mit einer eigenen Zielsetzung, nämlich mit der Zielsetzung, eine verbraucherorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Sie sind in der Erfüllung dieser Aufgabe selbständig wirkende Stabilisatoren, Regulative und Korrektive, die von freien gesellschaftlichen Kräften, nämlich den Genossenschaften und den Gewerkschaften, im Interesse der Verbraucher gegründet wurden und kontrolliert, aber nicht dirigiert werden.

Zu den Aufgaben der Gemeinwirtschaft gehört es auch, in ernsten Lagen unbeeinflusste Stellungnahmen abzugeben. Wir von der Gemeinwirtschaft sind der Auffassung, daß wir uns heute in einer so ernsten Lage befinden, daß es erlaubt ist, wenn wir hier die Gelegenheit wahrnehmen, um eine Stellungnahme abzugeben.

Wir möchten von diesem Platz aus die Bundesregierung daran erinnern, daß unser Volk in der derzeitigen Situation unaufhaltsamer Preissteigerungen, eines völlig deroutierten Kapitalmarktes und wahrnehmbarer struktureller Krisenerscheinungen verantwortliche Maßnahmen erwartet und nicht nur Hinweise auf die Notwendigkeit von Mehrarbeit und Maßhalten. Wir meinen, daß diese moralischen Sentenzen eher in den Bereich der Pädagogik als in den der Wirtschaftspolitik gehören.

Eines scheint uns in der heutigen Situation sicher zu sein: Gebremstes Wachstum bedeutet morgen und übermorgen Preissteigerungen. Schon heute steigen die Preise zunehmend, weil das Wachstum nachläßt. Wenn die Unternehmer hoch investiert haben und sich infolge einer staatlicherseits gedrosselten Nachfrage die Umsatzerwartungen nicht erfüllen oder wenn sie nur fürchten müssen, daß sich ihre Umsatzerwartungen nicht erfüllen, dann werden sie versuchen, die Preise anzuhoben, um trotz des Rückganges der Nachfrage zu den gewünschten Erträgen zu kommen. Unausgelastete Kapazitäten bedeuten ein Ansteigen der Fixkosten je Stück der Ausbringung, und jeder Unternehmer, versucht selbstverständlich, tatsächliche und erwartete Kostensteigerungen im Preis unterzubringen. Da im konjunkturellen Auf und Ab zumeist alle gleichzeitig dasselbe tun, wird ihnen die Überwälzung dieser Fixkostenanstiege auf die Preise gelingen. Im

Auf und Ab der Konjunktur und im Rahmen der heutigen Schwankungsbreiten ist diese Annahme unserer Auffassung nach sicherlich weit realistischer, als der Glaube, man könne durch Kreditrestriktionen allein das Verbraucherpreisniveau am Klettern hindern.

Betrachten wir unsere Geld- und Konjunkturpolitik, so wird man den Eindruck nicht los, daß hier in einem schrecklich vereinfachten Modell gedacht und in diesem Rahmen gehandelt wird. Man geht gedanklich von einer nicht existierenden Gesamtnachfrage aus. In der Praxis gibt es aber keine Gesamtnachfrage. Sie ist eine hohe akademische Abstraktion und nur in sehr schlichten volkswirtschaftlichen Diskussionen brauchbar.

Man scheint offenbar der Ansicht zu sein, daß es genügt, wenn bei Überbeschäftigung Preissteigerungen auftreten, einfach die Maßnahmen umgekehrt anzuwenden, die bei Unterbeschäftigung richtig sind. Herrscht eine konjunkturelle Unterbeschäftigung, dann ist es zweifellos nicht falsch, die Ausgaben zu erhöhen. Hieraus folgt aber noch nicht, daß es bei Überbeschäftigung richtig ist, die Ausgaben generell einzuschränken. Das gilt sowohl für die privaten als auch für die öffentlichen Ausgaben. Ein an sich richtiger Lehrsatz kann bei seiner spiegelbildlichen Anwendung falsch werden.

Wir haben in der Geschichte erfahren, daß es in einer Depression nicht zu Preissenkungen kommt, ja im Hinblick auf die Unelastizität vieler Kostenelemente auch gar nicht zu Preissenkungen kommen kann, sondern daß dann Arbeitslosigkeit die Folge ist. Wir sollten daraus für unsere Situation übernehmen, daß restriktive Maßnahmen, statt Preissenkungen zu bringen, Unterbeschäftigung im Gefolge haben.

Denn was bedeutet restriktive Wirtschaftspolitik schließlich anderes, als künstlich ein bißchen Depression zu veranstalten? Unterbeschäftigung heißt in unserer Lage glücklicherweise vorerst nur noch Einschränkung des Wachstums. Es heißt aber doch, daß wir freiwillig mögliches Wachstum verschenken, ohne den entsprechenden Lohn dafür zu erhalten, nämlich eine stabile Kaufkraft unseres Geldes. Eigentlich sollten wir dies aus den fehlgeschlagenen Versuchen in anderen Ländern unter konservativen Regierungen gelernt haben. Währungsstabilität ist ein hohes und wichtiges Ziel. Es ist aber zweifellos falsch, wenn man sie durch Drosselung des wirtschaftlichen Wachstums erreichen will.

Außerdem liegt, wie gesagt, dieser Politik ein schrecklich vereinfachtes Denkmodell zugrunde. Es wird meistens so gedacht, als lebten wir in einer geschlossenen Volkswirtschaft. Die Drosselungsmaßnahmen zeitigen aber auch Wirkungen, die auf den Geld- und Kapitalverkehr mit dem Ausland nicht ohne Einfluß

bleiben. Zuerst und im Anfang führte das angestiegene Zinsniveau in Deutschland dazu, daß das Ausland bei uns kräftig investierte und der Kapitalzufluß die Restriktionsmaßnahmen neutralisierte. Die Industrie investierte weiter. Darauf reagierte man mit der Couponsteuer. Die Folge war, daß sich das ausländische Kapital zurückzog und sich dafür nun die deutschen Firmen im Ausland zu verschulden trachten.

Betrachten wir, was mit der Couponsteuer angerichtet wurde. Das Ausland war bereit gewesen, sich in der deutschen Wirtschaft langfristig zu engagieren. Wir hatten genau das, was eine wachsende Wirtschaft braucht und was in einer wachsenden Wirtschaft bei langfristiger Betrachtung zur Preisstabilität führt. Wir hatten einen hohen Kapitalimport. Den haben wir aus kurzfristigen, um nicht zu sagen kurzfristigen Überlegungen beseitigt. Es wurde aus blankem Übermut eine Situation herbeigeführt, die bedenklich der Lage ähnelt, die wir nach dem ersten Weltkrieg als Folge der Reparationspolitik hatten. Wir haben eine wachsende kurzfristige Auslandsverschuldung und investieren mit diesen kurzfristigen Auslandsverschuldungen langfristig im Inland. Wie gefährlich dieses Verfahren damals im Laufe der Weltwirtschaftskrise war, haben wir erlebt. Das sollte eigentlich noch in Erinnerung sein.

Es scheint offenbar so zu sein, daß konservativen Politikern in jeder Lage immer nur Deflation einfällt. Dabei haben wir im Sachverständigenrat nachdrücklich die Hinweise, was in einer solchen Situation das geeignete Instrumentarium ist: daß es nicht darin besteht, wachstumshindernde Maßnahmen herbeizuführen, sondern die produktivitätshemmenden zu beseitigen, unsere mühsam gewonnenen Auslandsverflechtungen zu bewahren und nicht zu zerstören. Wir müssen in dieser Situation strukturpolitische Maßnahmen ergreifen.

Man sollte auch nicht die Aktivität der öffentlichen Hand in jedem Falle einschränken, sondern nur die produktivitätshemmenden Maßnahmen der öffentlichen Hand beseitigen und die dadurch freiwerdenden Mittel auf die produktivitätssteigernden Maßnahmen konzentrieren. Es kommt heute nicht darauf an, die Gesamtnachfrage zu drosseln, sondern wir müssen nun die strukturkonservierenden Maßnahmen abbauen und die Produktivität fördern.

Wir meinen, daß nicht Maßhalten das Gebot der Stunde ist, ganz gleichgültig, ob es in der vergleichsweise harmlosen Form der Seelenmassage gefordert oder mit handfesten dirigistischen kreditpolitischen Mitteln erzwungen wird, sondern daß der Abbau aller wachstumshemmenden Maßnahmen und aller strukturkonservierenden Einrichtungen und Ausgaben richtiger wäre. Diese Maßnahmen allein sind in der Lage, über eine erhöhte Ausbrin-

gung das Preisniveau marktkonform stabil zu halten. Eine solche aktive Wachstumspolitik mit den Mitteln der Strukturpolitik muß dabei von einer fortschrittlichen Sozialpolitik begleitet sein, damit die Härten, die hierbei auftreten können, auf ein Minimum reduziert werden.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang wieder auf die Unternehmen zurückzukommen, für die ich hier die Grüße überbringe. Lassen Sie mich einmal unser Licht nicht unter, sondern auf den Scheffel stellen. Wir glauben, daß unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ein wichtiges strukturpolitisches Mittel zur Förderung der Preisstabilität sind. Es gibt ihrer zwar nicht genug, aber nach und nach wachsen die wenigen, die es gibt, nun in Größenordnungen hinein, die es ihnen erlauben, in der gewinnorientierten Wirtschaft einen spürbaren Einfluß auszuüben. Wir haben nichts, gar nichts gegen das private Gewinnstreben. Wir sind allerdings der Meinung, daß man nicht in ihm allein die gültige Kraft sehen darf, sondern daß es richtig ist, daß auch andere Unternehmen mit einer anderen Wirtschaftsgesinnung mit den gewinnorientierten im Wettbewerb stehen. Wir glauben, wir brauchen mehr als bisher in der Wirtschaft derartige gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Ihre Leistungen beweisen schon heute, daß man auch mit dem Ziel des Gemeinwohls im Wettbewerb bestehen kann und preisstabilisierende Wirkungen auszuüben vermag.